

AKTUELL

CATTENOM

Aufrüsten oder stilllegen?

Raymond Klein

Aus der Katastrophe von Fukushima lernen heißt für die einen, Nuklear-Unfällen vorzubeugen. Für die anderen gibt es nur eine logische Konsequenz: Auf Atomstrom verzichten.

„Risiko-Atomkraftwerk Cattenom sofort stilllegen!“, das forderte Ende vergangener Woche Claude Turmes. Aus Geldmangel, so die Vermutung des grünen Europaabgeordneten, werde auf dringend notwendige Investitionen verzichtet. Dabei beruft er sich auf ein von den deutschen Grünen in Auftrag gegebenes Gutachten, laut dem die Nachrüstung der Reaktoren nicht so erfolgt ist, wie es die französische Regierung nach der Katastrophe von Fukushima versprochen hatte. Der Weiterbetrieb von Cattenom sei, so Turmes, „eine nicht zu verantwortende Gefährdung der Menschen in der Region“.

Besagtes Gutachten bemängelt unter anderem, dass manche der sicherheitstechnischen Einrichtungen nicht unabhängig voneinander funktionieren und infolgedessen gleichzeitig ausfallen können, was insbesondere bei Flugzeugabstürzen und Erdbeben hochgefährlich wäre. Gegenüber der Frankfurter Rundschau erklärte der Gutachter Manfred Mertins, in Deutschland wäre Cattenom bereits zur Bauzeit nicht genehmigt worden.

Fakt ist, dass jedes Land die eigenen Sicherheitsstandards für die besten hält. Nach der Kernschmelze von Fukushima versicherte EDF, dergleichen könne in Frankreich nicht passieren. Gar keine Frage! Und wenn vor dem endgültigen Ausstieg 2022 doch noch ein deutsches AKW hochgeht, dann wird sich bestimmt ein japanischer Experte finden, der erklärt, was die Deutschen schon immer falsch gemacht haben.

Vor Ort in Fukushima erforscht Greenpeace derzeit die Auswirkungen der nuklearen Verseuchung auf den Ozean. Obwohl damals eine beispiellose Menge von radioaktivem Material ins Meer gelangte, ist Japan dabei, seine AKW wieder in Betrieb zu nehmen. Auch der jüngste Bericht der OECD-Energieagentur spricht sich keineswegs für einen Atomausstieg aus. Der Prozess, die Lektionen von Fukushima umzusetzen, müsse vor-

angetrieben werden, so der Tenor des Berichts. Es sei angemerkt, dass bei diesem Bericht der Generaldirektor der französischen Aufsichtsbehörde ASN federführend war.

Fukushima forever!

Tröstlich wäre diese „Aus den Fehlern lernen“-Sicherheitskultur, wenn es wenigstens zu einem „stillen“ Atomausstieg käme, also einem, bei dem die Reaktoren am Ende ihrer Laufzeit auch tatsächlich außer Betrieb gesetzt werden. Doch das Gegenteil ist der Fall - in Belgien wurden jüngst die Laufzeiten verlängert (woxx 1355). Und in Frankreich hat Umweltministerin Ségolène Royal ihre Absicht erklärt, für eine Laufzeitverlängerung um zehn Jahre grünes Licht zu geben, wenn die ASN diese genehmigen sollte. Damit aber würde die Regierung ihre Selbstverpflichtung brechen, bis 2025 nur mehr die Hälfte des verbrauchten Stroms aus Atomkraft zu gewinnen, merkt die Online-Zeitung Alterecoplus an. Um dieses Ziel zu erreichen, müssten nämlich zwei Dutzend Reaktoren in den nächsten zehn Jahren stillgelegt werden.

Das Kraftwerk an der luxemburgischen Grenze stillzulegen, ist derzeit jedenfalls nicht geplant. Im Gegenteil, die vier Reaktoren sollen in den kommenden Jahren durchgecheckt und modernisiert werden, damit sie fit für eine Laufzeitverlängerung sind. EDF ist auf der Suche nach Wohnmöglichkeiten für 2.000 zusätzliche Angestellte externer Dienstleister, die für diese Arbeiten nach Lothringen kommen sollen. Zwar hatte die ASN im vergangenen Jahr dem Kraftwerk ein schlechtes Zeugnis ausgestellt, was Strahlenschutz und Umweltschutz angeht. Doch, wie die Online-Zeitung Loractu.fr berichtet, erklärte Guy Catrix, Direktor des Kraftwerks, bei seiner jüngsten Pressekonferenz bündig: „Man hat mich nicht damit beauftragt, die Schließung von Cattenom vorzubereiten.“

SHORT NEWS

Obligation de résidence : oui, mais

(da) - Un arrêt de la Cour de justice de l'Union européenne (CJUE) facilite la mise en place d'une obligation de résidence pour les bénéficiaires de la protection subsidiaire. C'est du moins la lecture qu'en fait le ministre de l'Intérieur allemand, Thomas de Maizière. En principe, une directive européenne garantit la libre circulation à l'intérieur d'un territoire national - et au-delà - aux réfugiés reconnus, au même titre qu'à toute autre personne non citoyenne de l'Union européenne. Le droit allemand prévoit que, lorsque des bénéficiaires de la protection subsidiaire perçoivent des prestations sociales, leur permis de séjour doit être assorti d'une obligation de résidence, afin d'assurer une répartition de la charge des prestations, mais aussi de faciliter leur intégration. Deux ressortissants syriens ont contesté cette obligation devant le Bundesverwaltungsgericht, qui a soumis la question à la CJUE. L'obligation de résidence est une atteinte à la liberté de circulation, dit la cour, en plus d'être une restriction à l'accès aux prestations sociales. Or, de telles restrictions ne seraient valables uniquement que si d'autres non-citoyens de l'UE y étaient eux aussi soumis. La cour s'oppose aussi à une obligation de résidence dans le but de répartir la charge des prestations sociales. En revanche, une obligation de résidence en vue d'une meilleure intégration est acceptable à ses yeux. Tout en validant donc une telle obligation, la CJUE impose des restrictions et place la barre très haut - ce qui ne devrait pas réjouir Thomas de Maizière.

Collectif Tax Justice Lëtzebuerg : Blowin' in the Wind

(lc) - Après la récente constitution de leur collectif (woxx 1354), les membres de Tax Justice Lëtzebuerg (CTJL) viennent d'annoncer leur première conférence et ont pondé leur première position publique. Dans la ligne de mire : la législation sur les lanceurs d'alerte. Même si le CTJL ne veut pas s'immiscer dans le procès contre Antoine Deltour et Édouard Perrin, qui aura lieu fin avril, il revendique une refonte de la loi sur les lanceurs d'alerte, celle de 2011 étant jugée révolue. Ainsi, le CTJL réclame une meilleure protection pour les lanceurs d'alerte, l'élargissement de leur champ d'action ainsi que le droit de parler aux médias et de rester protégés même s'ils sont découverts comme sources. Pour en discuter, le CTJL a invité Cannelle Lavite, chercheuse au Centre de droit européen de l'université de Brême, à animer une conférence-débat sur les lanceurs d'alerte et le contexte particulier du grand-duché, mercredi prochain 9 mars à 18h30 aux Rotondes.

Ouni: Another brick out of the wall

(lm) - Bioläden haben bei vielen Linken nicht den Ruf, die Welt wirklich zu verändern. Und das nicht nur, weil die Produkte als für die Arbeiterklasse unerschwinglich gelten und das Geschäftsmodell nicht grundsätzlich mit der kapitalistischen Logik bricht. Sondern weil Leute, die im Bioladen einkaufen, auch unter dem Verdacht stehen, die ökologischen Probleme auf eine Summe von Konsumentenscheidungen reduzieren zu wollen - und dabei die Notwendigkeit politischer Veränderungen auszublenden. Zumindest letzteres Argument hat manches für sich - allzu oft hört man zu diesem oder jenem Problem, es müssten nur die Konsumenten ihre Macht ausspielen. Bei dem neuen Projekt Ouni greift diese Kritik nicht: Zwar handelt es sich auch um einen Bio-Supermarkt, noch dazu um einen ohne Verpackungen. Doch bei diesem Projekt wird mitmachen großgeschrieben. So soll der in Bonneweg angesiedelte Laden, der vermutlich im Sommer eröffnen wird, auch ein „Ort der Zusammenkunft und des Austauschs“ werden. Außerdem handelt es sich um eine Kooperative, bei der also die Mitglieder mitentscheiden können. Zusätzlich gibt es „aktive“ Mitglieder, die sich als Gegenleistung für Ermäßigungen dazu verpflichten, monatlich zwei Stunden unentgeltlich auszuhalten. Über die Stärken und Schwächen des Projekts hinaus ist eins sicher: Ouni bringt frischen Wind in die Luxemburger alternative Szene.